

## Niederschrift

### zur 35. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Mittwoch, den 07.11.2018	18:30- 20:26 Uhr	Beratungszimmer des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Sebastian Rausch

##### Fraktion DIE LINKE.

Jürgen Grasnick , Gerold Sachse ,

##### CDU-Fraktion

Jens Hoffrichter ab 18.35 Uhr, Uwe Koch , Reinhard Ksink

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe , Thomas Fischer , Kai Hamacher ab 18.35 Uhr

##### SPD-Fraktion

Jürgen Luban ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz ,

##### Sachkundige EinwohnerInnen

Christian Altmann , Thomas Apitz , Jürgen Hajduk

##### Verwaltung

Melanie Brückner , Elke Huhn , Anke Marggraf , Stefan Wichary ,

##### Abwesend

#### TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Vorsitzende eröffnet die 35. Sitzung des Ausschusses für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt und heißt die Anwesenden recht herzlich willkommen.

#### TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit

Die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit wird festgestellt. Es sind 9 Mitglieder anwesend (ab 18.35 Uhr 11).

#### TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Zur Tagesordnung liegen Änderungswünsche vor.

Die Verwaltung beantragt, den TOP 7.5 vor dem TOP 7.3 zu behandeln, da Frau Huhn anwesend ist. Frau Brückner bittet darum, die Beratungsdrucksache (nichtöffentlich) zur Erweiterung der Kreditlinie Cash Management; hier Gewerbe- und Industriepark Lindenstraße GmbH zusätzlich in die Tagesordnung mit aufzunehmen.

**Zustimmung Ja 9 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

#### **TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 26.9.2018**

**Zustimmung Ja 5 Nein 0 Enthaltung 3 Befangen 0**

#### **TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Der Vorsitzende informiert, dass am 11.11.2018 die Haushaltsklausur mit den Fraktionen und der Verwaltung stattfindet.

#### **TOP 6 Einwohnerfragestunde**

Herr Riebe, mit der Tonaufzeichnung einverstanden, besucht zum ersten Mal als Gast den Ausschuss für Haushaltsüberwachung und Bürgerhaushalt.

An den Vorsitzenden richtet er die nachstehend aufgeführten Fragen.

Wie haben Sie mit ihren Mitgliedern während der gesamten Legislatur sichergestellt, dass es zu jeder Zeit eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Haushaltssatzung gab und gibt, die keine Beanstandung durch die Kommunalaufsicht nach sich zieht.

Wie haben Sie speziell die Beratung zum Haushalt 2018 geführt, ohne dass Ihnen die vorhandenen Deckungslücken nicht gewärtig wurden?

Welche Konsequenzen leiten Sie persönlich daraus ab, um für die Zukunft eine solche Situation auszuschließen und wie stehen Sie zu Einhaltung von Recht und Gesetz im Haushaltswesen?

Herr Rausch antwortet auf die Fragen, dass er selbstverständlich für Recht und Gesetz steht; allerdings kein ausgebildeter Finanzwirt ist und daher auch auf die Fachberatungen der Verwaltung angewiesen ist. In den Protokollen über die Sitzungen ist nachzuvollziehen, wie über den Haushaltsplan 2018 gesprochen wurde. Alle Abstimmungen erfolgten demokratisch und durch Mehrheitsbeschluss.

#### **TOP 7 Behandlung der Tagesordnungspunkte des öffentlichen Teils der Sitzung**

##### **TOP 7.1 Satzung Bürgerbudget**

Schon in der letzten Sitzung wurde über die Satzung zum Bürgerbudget diskutiert. Diese Thematik wird, nach interner Meinungsbildung in allen Fraktionen, heute erneut behandelt.

Herr Fischer zählt zunächst die Punkte noch einmal auf, die die Verwaltung vorgegeben hatte.

- Öffentliches/Gemeinnütziges Interesse
- Teilprojekte/Beginn von Maßnahmen
- Nicht gegen Beschlüsse der STVV
- Bevollmächtigungen/Briefwahl
- Vereinsanteil
- Gewinnervorschläge

Herr Sachse ist der Meinung, die Satzung so beizubehalten wie sie im Moment ist, da sie gut handhabbar ist. Die wenigen Einzelfälle die auftauchen, lassen sich nach den Erfahrungen im Ausschuss nach der Diskussion immer lösen.

Zu den Gewinnervorschlägen merkt Frau Brückner an, eine Regelung in der Satzung zu treffen, wenn das Budget aufgebraucht ist und der nächste Vorschlag nicht ganz gedeckt werden kann, was dann mit dem verbleibenden Budget passiert, worauf Herr Koch die Verwaltung um einen entsprechenden Formulierungsvorschlag bittet.

Herr Dippe sagt, dass sich die BFZ-Fraktion intensiv mit dieser Thematik befasst hat und führt die nachstehend genannten Änderungsvorschläge auf.

1. Wir sprechen uns gegen eine Briefwahl aus, da diese zu aufwendig und auch zu teuer ist. Es sollte aber denjenigen, die am Wahltag nicht teilnehmen können, ermöglicht werden, vorab vielleicht im Bürgerbüro ihre Stimmen abzugeben.

2. Alle zur Abstimmung zu stellenden Projekte sollen in sich abgeschlossen sein; konkret geht es darum, nicht 2m Straßenerneuerung oder eine halbe Laterne, einen halben Springbrunnen o.ä. zu fördern.

3. Wenn die Verwaltung die Machbarkeit verneint, also technische Unmöglichkeit festgestellt, dann ist ein Vorschlag abzulehnen.

4. Beschlüsse "gegen" SVV sollten grundsätzlich möglich sein, allerdings unter dem Vorbehalt, dass nicht in Planungsprozesse eingegriffen wird wodurch wiederum Folgekosten und Projektverzögerungen entstehen.

5. Über das Bürgerbudget sollen keine pauschalen Spenden ausgereicht werden. Gefördert werden sollen nur konkrete Projekte mit konkreten Förderzielen/ einem konkreten Zweck.

Herr Sachse hält abgeschlossene Projekte für einen guten Vorschlag; aber dann muss die Förder-summe auch in einer Höhe sein, dass ein Projekt in aller Regel abgeschlossen werden kann.

Herr Fischer sagt, dass Teilfinanzierungen weiterhin möglich sein sollten; allerdings steigt bei der Herabsetzung der Summe die Chance für kleinere und mehr Projekte. Er hält es auch für wichtig, dass keine Summen aus dem Bürgerhaushalt ohne konkretes Projekt herausgegeben werden.

Herr Hajduk hält eine Briefwahl für richtig; plädiert aber auch dafür, dass denjenigen die am Wahltag nicht teilnehmen können, vorab vielleicht im Bürgerbüro ihre Stimme abzugeben. Die Herabsetzung der Fördersumme hält er nicht für richtig.

Herr Hoffrichter merkt an, dass die CDU-Fraktion relativ neutral ist. Er plädiert dafür, die Satzung so belassen und nicht noch komplizierter zu machen.

Herr Sachse meldet sich noch einmal zu Wort und sagt, dass es irrsinnig ist, wenn man meint durch eine Herabsetzung der Summe kleine Projekte die nicht von Vereinen unterstützt werden, durchzubekommen. Es ist nun einmal so, dass vor allem Interessensgruppen bei dieser Art von Abstimmungen obsiegen.

Herr Dippe bittet die Diskussion um die Herabsetzung der Summe zu beenden, da es keine Mehrheit gibt und sich den weiteren Punkten zu widmen.

Herr Dippe führt weiter aus, dass die Projekte, die von STVV abgelehnt wurden, grundsätzlich im Bürgerbudget zulässig sein sollten. Was nicht sein kann ist, dass das Bürgerbudget in teure und aufwendige stadtplanerische Prozesse eingreift. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, dass nur Projekte mit einem konkreten Förderzweck gefördert werden. Die BFZ-Fraktion ist auch der Meinung, wenn die Verwaltung tatsächlich aus technischen Gründen zu der Überzeugung gelangt, dass etwas nicht möglich ist, weil es bautechnisch nicht realisierbar ist, auch nicht zugelassen werden kann.

Herr Thomas Apitz regt zu dem Punkt Teilfinanzierungen an, dass dann im Antrag nachgewiesen werden muss, wo die restliche Summe herkommt.

Herr Grasnick: Wenn Projekte abgelehnt werden, sollten die Einreicher über die Gründe informiert werden. Des Weiteren spricht er sich dafür aus, den Bürgerinnen und Bürgern, die am Wahltag verhindert sind, vorab an zwei Terminen im Bürgerbüro die Möglichkeit an der Wahl teilzunehmen, einzuräumen.

Herr Rausch gibt noch zu Bedenken, dass die Wahl im Vorfeld durchzuführen, verwaltungstechnisch sehr aufwendig ist und der Wahlcharakter des Wahltages verloren geht; denn der Tag der Entscheidung wurde bewusst gewählt.

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 28.11.18 die Satzung zu überarbeiten und den Mitgliedern vorzulegen, um erneut darüber zu befinden.

## **TOP 7.2 Überprüfung Jahresabschluss 2016**

**6/DS/818**

Frau Brückner bezieht Stellung zur Drucksache. Angedacht ist, dass die Drucksache heute eingebracht wird und zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 28.11.18 erneut zur Beratung auf die Tagesordnung kommt.

Der Jahresabschluss wurde am 14.12.2017 einstimmig beschlossen. In der Bilanz zum 31.12.2016 ergeben sich in der Bilanz in der Position Eigenkapital folgende Positionen:

Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis	2.915.558,93 €
Fehlbetrag aus dem außerordentlichen Ergebnis	-842.309,98 €.

Die Verwaltung hat bei einer nochmaligen Prüfung der Swapgeschäfte festgestellt, dass die Zahlung der Vergleichssumme an die EAA sowie die Zahlung des Ablösungsbetrages zumindest teilweise im JA falsch verbucht wurden. Bislang ging man davon aus, dass die Zahlungen entweder im außerordentlichen Ergebnis oder aber im ordentlichen Ergebnis verbucht werden müssen. Die Kommunalaufsicht beanstandete diese Verfahrensweise und beauftragte die gesetzlich korrekte Verbuchung gemäß Runderlass (Pkt. 8.5.2) für Kreditwesen der Gemeinden und Gemeindeverbände vom 11.9.2015. Dieser schreibt die Buchungen im ordentlichen Ergebnis vor. Dementsprechend würde sich die Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis erhöhen und der Fehlbetrag in das außerordentliche Ergebnis wandern.

Bei korrekter Darstellung der geschlossenen Verträge würden sich in der Position Eigenkapital auf der Passivseite folgende Positionen ergeben:

Rücklage aus dem ordentlichen Ergebnis	10.777.681,93 €
Fehlbetrag aus dem außerordentlichen Ergebnis	-8.704.432,98 €

Herr Thomas Apitz möchte von der Verwaltung wissen, ob zu dem Sachverhalt von der Kommunalaufsicht eine Stellungnahme eingeholt wurde. Dies wird durch die Verwaltung verneint, da die Rechnungsprüfung der Ansicht ist, dass die Kommunalaufsicht mit ihrer Auffassung nicht im Recht ist. Herr Apitz stellt die Frage, ob es sich überhaupt lohnt, der Drucksache weiter zu folgen, worauf Frau Brückner mitteilt, dass sie im Vorfeld den Sachverhalt mit dem Rechnungsprüfungsamt geprüft hat. Auch Frau Huhn, die zu diesem TOP anwesend ist führt aus, dass die Kommunalaufsicht nicht im Recht ist. Auch sie bezieht sich auf den Runderlass (Pkt. 8.5.2). Wenn Geschäfte abgeschlossen werden, die spekulativ sind und rein von der Gesetzgebung her hätten gar nicht abgeschlossen werden dürfen, kann die Kommunalaufsicht nicht erklären, dass dies ordentliche Aufwendungen und Erträge aus der laufenden Geschäftstätigkeit sind.

Herr Thomas Apitz weist noch einmal daraufhin, eine Stellungnahme von der Kommunalaufsicht einzuholen.



Herr Thomas Apitz versteht nicht, warum heute nur über den Ergebnishaushalt und nicht über den Finanzhaushalt diskutiert werden soll. Herr Rudolph hat, noch in seiner Position als Fraktionsvorsitzender der BFZ völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es immer der Finanzhaushalt ist, der uns beschäftigt. Des Weiteren stellt er die Frage, warum von 2018 zu 2019 der voraussichtliche Bestand an Zahlungsmitteln am Ende des Haushaltsjahres 2018 von dem Anfangsbestand abweicht (Zeile 46/47).

Frau Brückner erläutert die Tabellen. In der Liste Ergebnishaushalt sind alle Sache enthalten, die zahlungswirksam sind und sich auch im Finanzhaushalt widerspiegeln. Alle nicht zahlungswirksamen Sachen wurden nicht berücksichtigt.

Es werden einige Verständnisprobleme geklärt – Zeile 16/41 Verfügungsrahmen von 2,7 Mio. Euro.

Herr Thomas Apitz regt an, den Wert aus der Einzahlung von Grundstücken mit zu berücksichtigen, dann ergibt sich ein höherer Wert.

Herr Hoffrichter findet das Aufstellungsverfahren nicht gut. Die Kämmerin muss dem Bürgermeister den Haushalt vorlegen.

Frau Brückner schlägt vor, die Ergebnishaushaltsliste durchzugehen.

Th. Apitz: Zeile 13

Warum sinken die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Frau Brückner: Die Absenkung hängt vermutlich an den Mittelanmeldungen der Bereiche, die noch nicht für die Folgejahre angemeldet worden sind.

Herr Fischer: Zeile 202

Für die Kitas und Horte ist der Planansatz in jeder Einrichtung unter der Position lfd. Unterhaltung, Dach, Fassade etc. in 2019 niedriger als im Ansatz 2018.

Herr Wichary: Das hat damit zu tun, dass die Aufschlüsselung auch der anderen Positionen nur für 2019 im Detail ausgewiesen wurde.

Kitagebührenbefreiung ab dem 2. Kind ab 1.1.2019

400.000 €

Herr Hajduk: Zeile 307

800.000 € Neubau Straßenbeleuchtung Mitschurinstraße – zu hoher Ansatz

Herr Hajduk: Zeile 312

Ausstattungs-elemente Holzterrasse Spreueferpark – zu hoher Ansatz

Herr Altmann möchte wissen, wo die hohen Summen für Spielzeug etc. bei den freien Trägern herkommen.

Herr Wichary: Es ist tatsächlich so, dass sich die Summen im Ergebnishaushalt widerspiegeln; für die eigenen Einrichtungen befinden sich die Summen im Finanzhaushalt.

Herr Dippe bittet um Überprüfung der Zeile 95. Für die Feuerwehr sind für 12 Lattenroste, 12 Matratzen und Laken/Kopfkissen 100.000 Euro eingeplant.

Herr Müller von der Feuerwehr teilt mit, dass es sich um einen Schreibfehler handelt; 10.000 Euro pro Jahr muss es richtig heißen.

Herr Peter Apitz hält einen Wegeausbau auf dem Friedhof im Jahr 2019 für sinnvoll.

Herr Dippe hat noch Nachfragen zu einzelnen Positionen und bittet die Verwaltung um Beantwortung bis zur Klausurtagung.

Zur Verfahrensweise zum Haushalt gab es in der CDU-Fraktion verschiedene Auffassungen, so Herr Hoffrichter. Die Kommunalverfassung gibt her, dass die Kämmerin den Entwurf zur Haushaltssatzung aufstellt und dem Bürgermeister diesen zur Feststellung vorlegt. Der Bürgermeister leitet diesen von ihm festgestellten Entwurf an die Gemeindevertretung weiter. Von Frau Brückner möchte er wissen, wann sie dem Bürgermeister die Haushaltssatzung vorlegt, worauf Frau Brückner antwortet, dass wir uns noch in der Vorphase befinden; was heute vorgelegt wurde, ist nicht ihre aufgestellte Haushaltssatzung.

#### **TOP 7.5 Quartalsbericht zum Vollzug des Haushaltes 2018**

**6/IV/817**

Frau Brückner berichtet über den Vollzug des Haushaltes 2018 zum Stichtag 30.09.2018. Die vorläufige Ergebnisrechnung weist einen positiven Saldo aus. Zum Stand der Schuldentilgung kann mitgeteilt werden, dass diese planmäßig verlaufen. Der Kassenkredit beträgt zum 30.09.2018 15.673.223,65 €. Einzelheiten zum Cash Management sind dem beigefügten Bericht zu entnehmen. Es wurden keine über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen nach dem Stichtag 30.09.2018 getätigt.

#### **Kenntnisnahme**

#### **TOP 7.6 Sitzungskalender 2019**

Keine Anmerkungen aus dem Ausschuss.

#### **TOP 8 Informationen der Verwaltung**

Seitens der Verwaltung gibt es keine Informationen.

#### **TOP 9 Behandlung von Anfragen von Mitgliedern des Ausschusses**

Der sachkundige Einwohner, Thomas Apitz, fragt bei der Verwaltung nach, ob es aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung im Moment Probleme bei der Auszahlung für die Projekte des Bürgerbudgets gibt.

Frau Brückner antwortet, dass auf Grund einer nicht bestandskräftigen Haushaltssatzung derzeit keine Auszahlung für das Bürgerbudget erfolgt.

#### **TOP 10 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung und bittet nach einer kurzen Pause die Nichtöffentlichkeit herzustellen.

Die Niederschrift umfasst 7 Seiten.

Sebastian Rausch  
Vorsitzender

Anke Marggraf  
Protokollantin